

Der Eigentlich-kein-Nazi

Rotenburg streitet über die Umbenennung der Lent-Kaserne /
Stadtrat will Namen behalten



BEKOMMT DIESER STEIN AUF DEM ROTENBURGER KASERNENGELÄNDE BALD EINEN ANDEREN NAMENSZUG? DER STADTRAT WILL DAS VERHINDERN, UND DIE SOLDATEN WOLLEN NICHT ÜBER DIE BEVÖLKERUNG HINWEG ENTSCHEIDEN.

Für die Nazis war er ein Held, das bestreitet niemand. Aber war der Held auch ein Nazi? An dieser Frage unter anderem entzündet sich ein Streit in Rotenburg. Es geht um Helmut Lent, den Namenspatron der Rotenburger Kaserne. Sieben Monate vor Kriegsende kam er im Alter von nur 26 Jahren ums Leben. Bis dahin hatte er es im Dritten Reich zum zweit-erfolgreichsten Nachtjäger-Piloten der Luftwaffe gebracht. Nur wenige Monate, nachdem er im Juli 1944 für seinen 100. Nachtabschuss feindlicher Bomber die Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern erhalten hatte, starb er im Oktober in Paderborn – nicht im Kampfeinsatz, sondern bei einem durch Motorversagen verursachten Flugunfall. Die Frage lautet: Darf so jemand Namensgeber für die Bundeswehr von heute bleiben? Die Debatte sollte zunächst innerhalb der Kaserne geführt werden – so ordnete es die Führung Ende 2013 an. Die Soldaten freilich wollen nicht über die Köpfe der Rotenburger Bevölkerung hinweg entscheiden.

So stehen sich an der Wümme zwei Lager unversöhnlich gegenüber. Die einen meinen, der Name kann bleiben, die anderen kritisieren das als Fortsetzung der Nazi-Heldenverehrung und befürchten – wie die Grünen im Stadtrat – eine „nachträgliche Verharmlosung von NS-Verbrechen“ und einen „möglichen Ansehensverlust der Stadt“.

Zu den Befürwortern der Namensbeibehaltung gehören sowohl Landrat Hermann Luttmann (CDU) als auch Rotenburgs Bürgermeister Andreas Weber (SPD). Ihre Begründung: Ein neues Gutachten des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften (ZMS) der Bundeswehr sei zu dem Ergebnis gekommen, Lent sei „wahrscheinlich kein Nazi im eigentlichen Sinn“ gewesen. Im übrigen habe die Bezeichnung der Rotenburger Kaserne „seit über 50 Jahren eine Tradition bei den Rotenburger Bürgerinnen und Bürgern wie auch bei vielen Soldatinnen und Soldaten“. So steht es in einer von Weber formulierten Beschlussvorlage für den Stadtrat. Drittes Argument: Eine Umbenennung würde eine „schwerwiegende, nicht gerechtfertigte Belastung“ des Ansehens von Helmut Lent darstellen. „Hiervon wären auch die noch lebenden Familienmitglieder betroffen.“

Gegenüber dem WESER-KURIER stellt Weber klar: „Wir reden hier von einer Umbenennung. Ginge es um eine Neubenennung, weiß auch ich, dass der Name Lent heute nicht mehr infrage käme.“ Als Bürgermeister habe er auch die Meinungsbildung innerhalb der Rotenburger Bevölkerung, die sich etwa in sozialen Netzwerken zeige, zu berücksichtigen. Und auch hier sei die große Mehrheit für die Beibehaltung des Namens gewesen, „weil er eine über 50-jährige Tradition in Rotenburg hat“.

Ende September stimmte der alte Stadtrat noch ab, bevor der neue im November seine Arbeit aufnimmt. Ergebnis: Von den 33 anwesenden Ratsmitgliedern stimmten 26 – bei fünf Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen – dafür, Lent zu behalten.

Der alte Kreistag wollte sich mit dem Thema nicht mehr befassen und dem neuen Kreistag mit Beginn der neuen Legislaturperiode im November die Entscheidung überlassen – weil „mehrheitlich noch Informations- und Beratungsbedarf gesehen“ wurde, wie Landrat Luttmann auf Nachfrage erklärt. Der CDU-Politiker nimmt gegenüber dem WESER-KURIER pro Lent Stellung und bestreitet dessen Nähe zum Nationalsozialismus: „Indizien aus seinem privaten Umfeld sprechen eher dafür, dass er im Gegenteil eher ein Gegner des Naziregimes war.“ Wie auch immer man zu den soldatische Leistungen Lents stehen möge, so Luttmann, „er und seine Familie haben einen Anspruch darauf, dass wir fair mit ihm umgehen“. Luttmann empfiehlt dem Kreistag deshalb in seiner Beschlussvorlage auch, die Umbenennung abzulehnen.

Ministerin hat letztes Wort

Gleich, wie der Kreistag beschließt – das letzte Wort hat Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Doch die CDU-Politikerin legt Wert darauf, dass zuerst ein Meinungsbildungsprozess unter den Soldaten am Standort Rotenburg erfolgt. Von dort wiederum hieß es, man wolle die „Interessen der Bevölkerung berücksichtigen“. Spätestens 2017 werde es eine Empfehlung geben, sagte Oberstleutnant Armin Wenzel vor Kurzem der Rotenburger Kreiszeitung.

Wie diese Empfehlung aussehen wird, das kann sich Marco Meyer, nebenamtlicher Presseoffizier der Lent-Kaserne, inzwischen gut vorstellen. Zwar habe es in der Kaserne einen Meinungsbildungsprozess gegeben, und auch auf einen neuen Namen hatte man sich für den Fall der Umbenennung intern geeinigt. „Aber nach der Stadtratsentscheidung kann ich mir nicht mehr vorstellen, dass wir einen neuen Namen haben werden. Gegen den Willen der Bevölkerung macht das meiner Ansicht nach keinen Sinn“, sagte Meyer. Aber das müsse letztendlich die Ministerin entscheiden.

Wird sich Ursula von der Leyen über das Votum der Soldaten vor Ort hinwegsetzen? In einem Brief an den Rotenburger Bundestagsabgeordneten und Mitglied des Verteidigungsausschusses Lars Klingbeil (SPD) schrieb sie: „Wie Sie wissen, erfolgt bei den Bundeswehrangehörigen am Standort Rotenburg ein Meinungsbildungsprozess zu der Frage, ob der Name Lent-Kaserne für sie noch sinnstiftend im Sinne des Traditionsverständnisses der Bundeswehr ist. (...) Der Meinungsbildungsprozess dauert noch an.“ Dieses Verfahren entspreche den Prinzipien der Inneren Führung und dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform. „Das Bundesministerium der Verteidigung sieht daher keine Veranlassung, in den Meinungsbildungsprozess einzugreifen.“

Auch wenn es beim Namen Lent bleiben sollte, die Befürworter der Umbenennung werden nicht aufgeben. Einer von ihnen ist der pensionierte Studienrat und Publizist Jakob Knab. Der Gründer der „Initiative gegen falsche Glorie“ aus Kaufbeuren kämpft seit Jahren gegen eine zweifelhafte Erinnerungskultur in der Bundeswehr an. Mit einigem Erfolg. Im Jahr 1995 begann eine ganze Reihe von Umbenennungen innerhalb der Bundeswehr: In Füssen wurde unter dem damaligen Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) die Generaloberst-Dietl-Kaserne in Allgäu-Kaserne umbenannt, auch dank des Engagements von Knab. Und obwohl Dietl ein überzeugter Nazi und Vertrauter Hitlers war, musste die Umbenennung der Kaserne gegen heftige Widerstände innerhalb der Bundeswehr und in der Bevölkerung durchgesetzt werden. Der 65-jährige Knab erinnert sich: „In dieser Angelegenheit habe ich innerhalb von sieben Jahren mehr als 3000 Schriftstücke verfasst.“

Bis heute sind 17 Kasernen in Deutschland umbenannt worden, weil die Namensgeber mit Nationalsozialismus, Antisemitismus oder auch Kolonialismus in Verbindung gebracht wurden. Als Legitimation für die Umbenennung weist Knab unermüdlich auf den Traditionserlass der Bundeswehr hin. Dort heißt es unter Punkt 29: „Kasernen und andere Einrichtungen der Bundeswehr können mit Zustimmung des Bundesministers der Verteidigung nach Persönlichkeiten benannt werden, die sich durch ihr gesamtes Wirken oder eine herausragende Tat um Freiheit und Recht verdient gemacht haben.“ Und unter dem Punkt Kasernen steht noch mal explizit: „Bei der Beurteilung, ob Persönlichkeiten der deutschen Militärgeschichte für die Bundeswehr überlieferungswürdig sind, können nicht nur soldatische Haltung und militärische Leistungen zugrunde gelegt werden. Ausschlaggebend ist vielmehr, ob ihre Gesamtpersönlichkeit und ihr Gesamtverhalten beispielgebend in unsere Zeit hineinwirken.“ Für Jakob Knab ist klar: „Wenn ich Sinn und Wortlaut ernst nehme, dann steht der Name Lent nicht für eine sinnstiftende Tradition für die Streitkräfte einer freiheitlichen Demokratie.“

Initiative will Helmut Schmidt

Ähnlich sieht das Marc Andreßen, Rotenburger Unternehmer und Grünen-Mitglied. Er hat mit ein paar Mitstreitern eine „Initiative Helmut Schmidt Kaserne“ ins Leben gerufen und eine entsprechende Online-Petition gestartet. Der Initiative, so Andreßen, gehe es nicht in erster Linie um die Frage, ob Lent ein Nazi war: „Die Frage muss doch lauten, ob der Weltkriegsheld Helmut Lent noch als Vorbild für die Soldaten der heutigen Bundeswehr dienen kann.“ Er halte es für besser, mit Helmut Schmidt einen der beliebtesten Politiker Deutschlands mit Rotenburg in Verbindung zu bringen, statt „einen Weltkriegshelden aufs Podest zu heben. Das ist doch das eigentliche Drama“.

Lars Klingbeil ist – wie Helmut Schmidt es war – Mitglied der SPD. Der Abgeordnete und ehemalige Kriegsdienstverweigerer ist Mitglied im Verteidigungsausschuss. Dort habe er sich gegenüber der Ministerin dafür eingesetzt, „dass die Diskussion vor Ort dabei intensiv berücksichtigt wird“. Auch er betont noch mal – unter Hinweis auf das ZMS-Gutachten – dass „Helmut Lent kein Nazi im eigentlichen Sinne“ gewesen sei. Wohlwissend: „Die Benennung der Kaserne im Jahr 1964 entstand fraglos unter anderen Kriterien als wir sie heute anlegen würden.“ Dennoch wisse er aus vielen Gesprächen vor Ort, „dass der Name Lent-Kaserne für viele Menschen in Rotenburg und viele Angehörige der Bundeswehr identitätsstiftend ist“. Ohne sich endgültig festzulegen, sagt Klingbeil auf die Frage, was er dagegen habe, wenn die Rotenburger Kaserne den Namen eines ehemaligen SPD-Verteidigungsministers und SPD-Kanzlers trägt: „Wie kommen Sie darauf, dass ich etwas dagegen habe?“
